

## Die Rolle des Staates in der warenproduzierenden Gesellschaft revisited

Ein Sammelband zur Staatstheorie des Frankfurter Politologen Joachim Hirsch rekapituliert die vielen Facetten seiner analytischen Trennung staatlicher Herrschaft von ökonomischen Zwängen.

Ulrich Brand/Christoph Görg (Hg.): *Zur Aktualität der Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch* (d. i. Band 113 der Reihe Staatsverständnisse). Baden-Baden: Nomos, 2018.

Von Martin G. Maier.

Zuweilen beeinträchtigt es den Nutzen von Einführungen zu vielrezipierten Theoretikerinnen und Theoretikern erheblich, wenn die dafür eingeworbenen Beiträge vor allem von ihren Sympathisanten, Weggefährten und Schülern verfasst werden, jedoch ablehnende Stimmen oder wenigstens das Œuvre stark relativierende Ansätze keine Berücksichtigung fanden. So entsteht der trügerische Eindruck der Geschlossenheit eines Werks um den Preis einer Unterschlagung der ausgefochtenen Deutungskämpfe, die dem kanonisierten Werk zugrunde lagen. Die Einsicht, dass die Interpretation der Wirklichkeit nur wegen ihrer Strittigkeit Geltung erlangen kann, erscheint aber als elementare Voraussetzung für ein historisierendes Verständnis von Theorie. Dies stellt auch das (vielleicht auch nicht zu vermeidende) Manko des hier zu besprechenden Band über Joachim Hirschs materialistische Staatstheorie dar, dessen Beiträge ansonsten durchweg lesenswert und bedeutend sind.

Mit der Rekonstruktion von Hirschs Denken ausschließlich seine Sympathisanten zu betrauen, heißt allerdings Gefahr zu laufen, damit jenen Angehörigen der politologischen Disziplin zuzuarbeiten, die, wie Hirsch schon 1970 kritisch einwandte, es bei

dem sich *im engeren Bereich von Interessengruppen, Parteien, Parlament und Regierung vollziehende[n] ‚politische[n] Willensbildungsprozeß‘* belassen wollen. Es jenen also gleichzutun, die den (nicht nur ökonomischen) Kontexten des *politischen Institutionensystems*<sup>1</sup> keine Beachtung schenkten: Kontexten, zu denen hier insbesondere auch die wissenschaftlichen Institutionen und ihre staatsnahen Berufungs- und Deutungsinstanzen hinzuzuzählen sind. Sie sind zwar nicht vollständig aus den einzelnen Beiträgen getilgt, doch wird zu sehr nur auf theoretische und praktische Anschlüsse und auf allgemeine Rekapitulationen der marxistischen Staatsableitungsdebatte<sup>2</sup> eingegangen. Einerseits liefern gleich mehrere Beiträger einen längeren Abriss von Hirschs Theoriegebäude – andererseits werden eine kritische Diskussion der Grenzen seines Staatsverständnisses und die Geschichte der politologischen Rezeptionen von Hirsch jenseits der einschlägigen marxistischen Strömungen stark vernachlässigt.

Schon die Einleitung und jeweiligen Beiträge der beiden Herausgeber **Ulrich Brand** und **Christoph Görg** versorgen gut mit dem nötigen Grundwissen über den Charakter von Hirschs Ansatz. Er ist darin innovativ, weil er sich der Darstellung bürgerlicher Herrschaft zwar unter den Auspizien ihrer Überwindung widmet, dabei aber weder (reformistisch-sozialdemokratisch) auf eine grundsätzliche parlamentarische Veränderbarkeit des bürgerlichen Staates bis hin zur allmählichen Überwindung von Ungleichheit setzt, *weil der Staat kein neutraler Akteur ist* (S. 15), noch den Staat (leninistisch) rein instrumentell begreift: gewissermaßen als ein Schiff, auf dessen Kommandobrücke die Subaltern erstmal stehend ebenso einen ganz anderen Kurs einschlagen könnten.

Der Staat ist für Hirsch kein neutraler Akteur, sondern ein Terrain der Auseinandersetzung. Die Persistenz des Kapitalismus ergibt sich gerade aus dieser Konflikthaf-tigkeit, die auf den Staat als Moderator zwischen den Klassen verwiesen bleibt. Eine Rolle die der Staat ausfüllt, in der er aber nicht aufgeht, weil er, wie **Birgit Sauer** als

---

1 Joachim Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System. Organisation und Grundlagen administrativer Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1970, Zitate auf S. 8 und 10.

2 Der Begriff bezeichnet die Bemühungen des ab den sechziger Jahren fortgeführten ‚westlichen Marxismus‘ in Abgrenzung von den autoritären Marx-Vereinnahmungen durch die nominalsozialistischen Länder die Rolle des Staates direkt aus den fragmentarischen Bemerkungen im Gesamtwerk von Marx und Engels zu rekonstruieren.

eine von Hirsch mit Louis Althusser geteilte Annahme herausarbeitet, die Unterscheidung dessen, was privat und was öffentlich ist, erst festlegt, und so die Grundlagen kapitalistischer Produktion garantiert, anstatt dieser Produktionsweise einfach unterworfen zu sein. Den letztgenannten Punkt rückt insbesondere **John Holloway** in den Vordergrund, der Hirsch zwar stark von Nicos Poulantzas Theorie einer relativen Autonomie des Staates gegenüber dem Kapital abgrenzt, aber gleichzeitig die von Hirsch mitgeprägte Staatsableitungsdebatte dahingehend rekapituliert, dass allein die Form den Staat als kapitalistisch ausweist: *Seine Funktion leitet sich von seiner Form ab. Dies bedeutet unter anderem, dass jede Regierung eines Staates, handele es sich um eine linke oder eine rechte Regierung, die Akkumulation des Kapitals vorantreiben muss.* (S. 42)

Zuweilen bringen Hirschs Schüler und Weggenossen die Sphäre des Allgemeininteresses ins Spiel, dem der Staat zu folgen verspreche, ohne dieses Versprechen jedoch in den ideologischen Voraussetzungen seiner Wirksamkeit näher zu beleuchten. Während beispielsweise **Bob Jessop** den Verfassungsstaat regulationstheoretisch als Ausdruck sozialer Kämpfe lesen möchte, wobei er ihn mit Gramsci letztlich *basierend auf Konsens, gepanzert mit Zwang* versteht, bleibt die von ihm aufgeworfene Frage nach den *Modi der Massenintegration und der politischen Klassenherrschaft* (S. 80), insbesondere vor dem Hintergrund ihrer seit den siebziger Jahren wieder weitgehend reibungslosen Aufrechterhaltung, unbeantwortet.

Einer immanent-kritischen Würdigung von Hirschs theoretischer Entfaltung seiner Staatstheorie kommt **Alex Demirović**' Beitrag am nächsten. In den unterschiedlichen Phasen des Werks bewertet er die jeweilige Funktionsbeschreibung des Staates als unterschiedlich gut gelöst, sieht die von Hirsch zuweilen gewählte Bestimmung von dessen Klassencharakter indes als nicht überzeugend an. Gegenüber dem Staat als objektivierten Allgemeinwillen sei – bei aller von Hirsch durchaus in Rechnung gestellter Ideologie (deren Funktion allerdings auch von Demirović zu wenig namhaft gemacht wird) – die Frage nicht zu vernachlässigen, ob etwa das *Staatspersonal korrupt oder nepotistisch ist [...] oder ob es ein Ethos der staatlichen Allgemeinheit vertritt und den Staat auch in Fällen der Krise bereit ist zu retten und bürgerliche Herrschaft zu verteidigen* (S. 103). Weder reiche es hin, jede Vergegenständlichung des Staates einfach nur als Illusion zu bezeichnen, noch dürfe die Konkretion des Staa-

tes zugunsten seiner abstrakten Formanalyse vernachlässigt werden. Demirović ergänzt sein Plädoyer durch eine Kritik an der ebenfalls bei Hirsch zuweilen erkennbaren Tendenz, umstandslos die *Verkörperung eines Allgemeininteresses durch das Personal [des Staates; MGM] aufgrund seiner Interessen* (S. 105) an reibungsloser Organisation und eigener Karriere etc. zu postulieren.

Demirović' weitere Ausführungen zur Einbettung Hirschs in den Kontext der Frankfurter Schule sind auch in ideengeschichtlicher Hinsicht interessant – siehe dazu weiter unten. Dies gilt ebenso für **Birgit Sauers** historisch-grundierte Erwägungen über mögliche Erweiterungen von Hirschs Ansatz hin zu einer *feministisch-materialistischen Gewaltperspektive* (S. 120). Sauer spekuliert über die Gründe für die ausbleibende Wahrnehmung der Staatstheorie in marxistisch-feministisch geprägten Zusammenhängen und bringt dabei deren Defizit auf die Formel: *Gewalt war die Gewalt von Strukturen und Verhältnisse [sic]; patriarchale Staatsgewalt wurde – zurecht, allerdings auch nur [!] – als „entpersonalisiert“ gedacht und aus ökonomischen Verhältnissen abgeleitet.* (S. 121) Der Staat wurde zumindest in der frühen feministischen Diskussion ausgeklammert, und noch in den späten achtziger Jahren blieb die von ihm ausgeübte oder ermöglichte Gewalt untertheoretisiert. Demgegenüber gelte es laut Sauer, das patriarchale und heteronormative Geschlechterverhältnis strukturanalog zu Hirschs *Formanalyse des Staates* (S. 123) zu konzipieren bzw. dessen Lagerung in den staatlicherseits geschaffenen Ermöglichungsräumen zu denken: Der Staat organisiert jene Differenzen mit (oder strukturiert sie vor), die sich gesellschaftlich in ungleichen Arbeitsverhältnissen, genderbasierten Rollenzuweisungen bei der Care-Arbeit oder in maskuliner Dominanz (vom Weißen Haus bis zur Filmbranche) ausdrücken. Doch vergisst Sauer nicht, den agonalen Charakter der dahinter stehenden Auseinandersetzungen als für die feministische Theoriebildung besonders wichtig zu erwägen: Der Staat sei nicht sui generis zu denken, d. h. *kein einheitliches Gebilde, das einen kohärenten Willen verfolgt* (S. 124) oder eine einheitliche Logik herzustellen vermag, sondern das stets revidierbare Ergebnis sozialer Kämpfe.

Zwar bezog sich Hirsch selten explizit auf das *Erbe der Kritischen Theorie* (**Roland Roth**, S. 227), doch habe er, wie **Demirović** ausführt, mit der Hervorbringung des

Staates durch die Gesellschaft sein Thema im Kontext des frühen Max Horkheimer gefunden. Der (einstmals) staatskritischen Ansätze des Instituts für Sozialforschung sollte in der von Hirsch am Fachbereich Gesellschaftslehre der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt redaktionell betreuten Zeitschrift *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* fortgeführt werden, die innerhalb der edition suhrkamp in insgesamt 14 umfangreichen Ausgaben zwischen 1974 und 1981 erschien. Die *praktische Wendung* (S. 97) kritischer Theorie, die mit ihr bewerkstelligte Analyse aktueller *Krisendynamiken, gesellschaftliche[r] Auseinandersetzungen und mögliche[r] Alternativen* (S. 98) etwa in der bis heute wenig erforschten Zeitschrift *links* (1969 bis 1997) des Sozialistischen Büro (SB) in Offenbach sei *für Hirschs Arbeiten von großer Bedeutung* (S. 97).

Die *politische Relevanz* von Hirschs *radikalem Reformismus* rückt der letzte Abschnitt des Buches in den Vordergrund. **Roland Roth** situiert diese Haltung im *Denkraum* (S. 221) der Neuen Linken nach 1968. Weder das leninistische Vertrauen in die Fortschritte der Naturbeherrschung, noch der voluntaristische Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft (u. a. André Gorz) wurden von ihm als gangbare Wege gesehen, eine *radikale Veränderung gesellschaftlicher Lebensweisen und Beziehungsverhältnisse* (S. 222) herbeizuführen. Nur Veränderungen von Staatsform und Wertform zugleich könnten die notwendige Voraussetzung für *eine progressive Überwindung kapitalistischer Verhältnisse* (S. 223) bilden. Daneben bringt Roth die ansonsten im Band kaum beachtete notwendige Institutionalisierung erreichter Reformen ins Spiel, die Hirsch mit seinem Engagement beim Komitee für Grundrechte und Demokratie unterstricht. Dort focht er gegen die Tendenzen des Abbaus rechtsstaatlicher Garantien und gegen die repressive Durchstaatlichung der Gesellschaft – etwa in Gestalt der Berufsverbote und ihrer einschüchternden Wirkung auf die linke Diskussion.

Der Beitrag von **Dirk Martin** und **Jens Wissel** erläutert am Beispiel einer dekommodifizierten, d. h. von der Warenform nach und nach befreit sozialen Infrastruktur, welche Projekte ein solcher *radikaler Reformismus* konkret intendieren könnte. Martin und Wissel eruieren, gewissermaßen in Form einer konkreten Utopie, wie innerhalb des vorhandenen Staates ein Wandel hin zur Absicherung von Teilhabe in der bestehenden Gesellschaft der Ungleichen eingeleitet werden könnte. Allerdings müsste eine solche gesellschaftliche Transformation über die herkömmlichen Konzepte eines

bedingungslosen Grundeinkommens hinausführen und auch eine *Auflösung der Lebenslaufdisziplin* (zit. nach Heinz Steinert, S. 209) anstreben, um nicht allein das androzentrische Normalarbeitsverhältnis als gesellschaftliches Leitmodell zur Disposition stellen. Es müsste darüber hinaus konkret fordern, Bildungseinrichtungen, ÖPNV und Wohnungen allen kostenlos oder wenigstens günstig zur Verfügung zu stellen. Mit der allmählichen Etablierung dieser sozialen Infrastruktur würde die Warenförmigkeit der Güter und Dienstleistungen mehr und mehr zurückgedrängt werden, zumindest aber durch ihre forcierte Propagierung ein *Ausweg aus dem Kapitalistischen Realismus* (Mark Fisher) erkennbar gemacht.

Martin G. Maier ist Mitarbeiter am Projekt „Wissensgeschichte der Politologie“ bei Portal Ideengeschichte.